

# Laibacher Wochenblatt,

Organ der Verfassungspartei in Krain.

Abonnement-Bedingnisse:

Ar. 550 Ganzjährig: für Laibach fl. 4.— Mit Post fl. 5.—  
Halbjährig: . . . 2.— . . . 2.50  
Vierteljährig: . . . 1.— . . . 1.25  
Für Zustellung in's Haus: Vierteljährig 10 kr.

Samstag den 21. Februar

Insertions-Preise.

Einspaltige Zeit-Beile à 4 kr., bei Wiederholungen à 3 kr. — Anzeigen bis 5 Zeilen 20 fr.

1891.

Redaction, Administration u. Expedition:  
Schusterstraße Nr. 3. 1. Stod.

## Die Candidatur des Grafen Hohenwart.

Innerhalb der slovenischen Partei concentrirt hat das Interesse an der diesmaligen Wahlbewegung nahezu ausschließlich auf die Candidatur des Grafen Hohenwart; in den Sitzungen des „provisorischen“ nationalen Wahlcomité's und in der gesammten nationalen Presse drehen sich Erörterung und Polemik fast ausschließlich um diese Frage. Diese Candidatur zieht sich in der That unter so eigenthümlichen Umständen und ist für die Verhältnisse im Lande so bezeichnend, daß dieselbe auch von unserem politischen Standpunkte nicht völlig außerachtgelassen werden kann.

Ursprünglich hieß es bekanntlich, daß Graf Hohenwart auf ein Mandat nicht mehr reflectire, plötzlich aber trat dessen nachdrückliche Bewerbung um solches in den Vordergrund der Wahlbewegung als Grund dieses Gesinnungswechsels des bisherigen Vertreters der Stadt Laibach wird mehr oder weniger verblümt in den slovenischen Organen ein und gleich in hohen und höchsten Kreisen ausgebrücker worden genannt, daß Graf Hohenwart wieder einen Sitz im Abgeordnetenhanse einnehme. Wir lassen es dahingestellt, ob sich die Sache wirklich so verhält; Thatsache ist, daß Graf Hohenwart beim nationalen Wahlcomité in der ernstlichsten Weise das Ersuchen vorbrachte, ihm abermals in Krain zu einem Abgeordnetenitze zu verhelfen. Trotz der anerkennenden

Nebensarten, mit denen diese Candidatur von den verschiedenen nationalen Fractionen aufgenommen wurde, hatte es doch die größten Schwierigkeiten, den gräflichen Mandatswerber unterzubringen und völlig unter Dach gebracht ist, trotz der äußersten Anstrengungen verschiedener Factoren, deren wir noch gedenken werden, diese Candidatur noch zur Stunde nicht. Das Natürlichste wäre gewesen, den Grafen Hohenwart wieder in Laibach, seinem bisherigen Wahlbezirk, aufzustellen, dagegen aber wurde von radicaler slovenischer Seite auf das Entschiedenste protestirt und es zeigte sich bald, daß die Wahl in der Landeshauptstadt nicht nur keine unangefochtene, sondern sehr möglich sogar eine höchst zweifelhafte gewesen wäre. Der andere Wahlbezirk, der in Betracht kam, waren die bisher von Fürst Windischgrätz vertretenen Oberkrainer Landgemeinden; dort aber war von der clericalen Fraction, die den Grafen Hohenwart in erster Reihe zu den Ihrigen zählt, beziehungsweise vom Ausschusse des katholisch-politischen Vereines bereits für Herrn Povše agitirt worden und dessen Wahl nahezu gesichert. Die Lage war also schwierig und sie wurde noch schwieriger, als Graf Hohenwart in einem zweiten Schreiben seine Candidatur für die Oberkrainer Landgemeinden anmeldete, wozu er durch Herrn Klun veranlaßt worden sein soll, den nämlichen Herrn Klun, der Obmann des katholisch-politischen Vereines ist, dessen Ausschuss früher schon auf Neuzerster in Herrn

Povše gedungen war, in den genannten Landgemeinden als Mandatswerber aufzutreten. Die Dinge standen also so, daß für Graf Hohenwart kein Wahlbezirk zu haben war, und in Laibach, seinem bisherigen Bezirke, wagte man ihn wegen des zweifelhaften Erfolges gar nicht aufzustellen und in den Oberkrainer Landgemeinden, wo auch Herr Murnil — ebenfalls wieder auf eigene Faust, aber angeblich im Namen des „provisorischen“ Wahlcomité's, dessen Obmann er ist — für Graf Hohenwart agitirte, hatte sich trotzdem die Mehrheit der Gemeinden für Herrn Povše ausgesprochen. Endlich gelang es durch eine andauernde und mehrseitige Pression, die auf Herrn Povše geübt wurde, diesen zu bewegen, daß er von seiner Candidatur in den Oberkrainer Landgemeinden zurücktrat, wo nun Graf Hohenwart voraussichtlich gewählt werden wird. Schmeichelhaft aber scheint uns die Art und Weise, wie Graf Hohenwart nach dem Gesagten zu einem Mandate gelangt, gerade nicht zu sein und es wundert uns von diesem „Führer der Rechten“ eigentlich — für den allerdings, wie es scheint, in einer anderen Provinz noch weniger ein Mandat zu haben ist — daß er sich entschließen kann, nachdem er in seinem seitherigen Wahlbezirke unhaltbar geworden, nun einen Sitz im Abgeordnetenhanse nur der Gnade des Herrn Povše zu verdanken.

Weit bedeutungsvoller aber als der für Graf Hohenwart wenig auszeichnende Verlauf, den seine

## Feuilleton.

### Der fette Donnerstag.

Der letzte Donnerstag im Fasching, der fette feiste (tolsti, debel), hat seine besonderen Ehren; es werden Krammel-Potizen (ocvrikovca) und sonstiges Gebäck hergerichtet, und da und dort, — nur ausnahmsweise — schickt man die Kinder hinaus, wie ein altes Weib zersägt wird.

Die Erklärung für diese Ehrung des letzten Donnerstags findet sich in der dem Donnerstage — der den Schweden noch heute ein heiliger Tag ist — bei den meisten heidnischen Völkern beigelegten Bedeutung. Bei den Germanen ist er der Tag des Thor, Donar: Thorsdagsnatt, Donnerstagsnacht, Thorsdagsnatt, Donnerstagsnacht, die Geister in den schwedischen Märchen die Geister Berzauberten, und Donnerstag-Abend darf nicht gesponnen oder Flach gewaschen werden. Die Weiber der Insel-Schweden auf Renö feiern ihn der Art, daß sie nicht spinnen, sondern nur weben. Am Donnerstag soll jede Arbeit ruhen: kein Vogel trägt zu Neste, weil die Vögel an diesem Tage erschaffen wurden. Der Mecklenburger Herzog Adolf erließ 1684 ein besonderes Decret zur Ausrottung des Aberglaubens, daß man Donnerstag nicht spinnen dürfe. Am Donnerstag-Abend gehen die Tiroler Bauertöchter auf Besuch. Am Donnerstag und Pfingtag (Freitag) tanzen in den

Gebirgsgegenden die Hexen. Als Kennzeichen einer bestimmten Hexe galt, daß sie den Donnerstag feiere. Die Oberwalliser nennen ihn Frohntag (dies dominicus), und der pommerische Bauer sagt: „Am Donnerstage treibt man nicht einmal eine alte Sau aus.“

Nicht minder ist der Donnerstag den slavischen Völkern ein heiliger Tag gewesen. Die Esthen legen dem Donnerstag höhere Heiligkeit bei als dem Sonntag. Die Litthauer nennen Donnerstag-Abend „Laumes-Abend“, weil sich dann die Laumes umtreiben, Menschenkinder gegen Wechselbälge tauschen und Alles mit fortnehmen, was die Weiber an diesem Abende waschen und spinnen. Auch die Walachen und Rumänen spinnen am Donnerstag-Abend nicht und in Böhmen stellt man den Laren Speise hin. Bei den Altpreußen darf nur bis zum Abend gesponnen werden, sonst frißt der Wolf die Herden. Der gleiche Brauch und Glaube ist noch vielfach bei den Wenden. Bei diesen und auch in der Schweiz darf am Donnerstag nicht einmal der Stall ausgemistet werden. Selbst die Juden feierten diesen Tag nach dem Talmud: die Weiber sollten sich strähnen und salben, ihren Männern zum Wohlgefallen.

Daß die Heilighaltung des Donnerstags bei den deutschen Völkern mit dem Thor-Cultus zusammenhängt, ist bekannt. Als die Kirche daran

ging, an die Stelle der heidnischen Wochentagsnamen die bloße Zahlfolge zu setzen, um dadurch die Erinnerung an die alten Götter zu verwischen, konnte sie bei den Deutschen dem Donnerstag nichts anhaben. Er blieb, — bei den Slaven aber trat an seine Stelle der četrtek, der vierte, wie bei den Baiern der Pfingtag, vom griechischen Zahlworte pente, fünf, an Stelle des Freytagess trat.

Die slovenische Gottheit des vierten Wochentages war eine weibliche und nicht Perun, wie Manche annehmen. Die Erörterung dieses Umstandes hat jedoch mit unserer Arbeit nichts zu thun. Wir wollen unsern Donnerstag weiter verfolgen, den wir als dies Jovi bei den Römern finden. Der Jupitertag wird, da das Heidenthum lange neben dem Christenthume bestand, auf die Bräuche der ersten Christen jedenfalls von Einfluß gewesen sein. In dieser Beziehung wird Marzohl-Schneller in seiner Liturgia sacra Recht haben, wenn er sagt, das Auffahrtsfest, Christi Himmelfahrt, jetzt hoher Donnerstag geheißt, sei nur ein Ueberrest aus einem Brauche der ersten Christenheit, an jedem Donnerstag der Woche eine Procession abzuhalten, die dann erst vom Paps Agapetus auf den Sonntag verlegt worden sei; dagegen führt er an einer anderen Stelle aus, die gewöhnliche Meinung sei, Christus habe an einem Donnerstage das heilige Abendmahl eingenommen und sei an einem solchen



Candidatur bisher genommen und die Streitigkeiten, welche darüber im nationalen Lager entstanden sind, ist die Haltung unserer officiellen Kreise in dieser Sache. Gleich als diese Candidatur auftauchte, bezeichnete das Amtsblatt das als „ein günstiges Symptom der politischen Lage“ und als dann ein Theil der slovenischen Presse es wagte, in ganz bescheidener Weise gegen die Wahl Hohenwart's zunächst in Oberkrain Front zu machen, da erging sich das Organ der Regierung dagegen in heftigsten Angriffen und agitirte für Graf Hohenwart, wie es nur ein decidirtes Parteiorgan für seine intimsten Anhänger thun kann. Das Amtsblatt gab zu bedenken, „wessen Interessen man mit einem Auftreten gegen den Grafen Hohenwart eigentlich fördern will“ und daß man sich „die Tragweite eines solchen Unternehmens vergegenwärtigen“ solle; es berief sich darauf, daß „Slovenec“ selbst dessen Wiederwahl als eine „absolute Nothwendigkeit“ darstelle, „so daß jenen wohl eine schwere Verantwortung treffen würde, der es wagen sollte, diese Wiederwahl zu hintertreiben“ und beschwor förmlich die ganze slovenische Partei unter Berufung auf die Worte des Wahlaufrufes, daß jetzt „jeder häusliche Zwist verstummen solle“ und daß „im Reichsrathe über das Schicksal des Volkes in seiner Totalität entschieden werde“, den Grafen Hohenwart nicht fallen zu lassen. Allerdings war das Organ des Herrn von Winkler so naiv, in einem Athem auch einzugestehen, daß in der Landeshauptstadt die Wahl Hohenwart's überhaupt oder wenigstens mit einer Majorität, „wie es sich für einen solchen Mann wohl ziemt“, nicht verbürgt sei.

Hiernach ist also Graf Hohenwart vom Amtsblatte in der denkbar unzweideutigsten Weise als Regierungscandidat proclamirt worden; so unzulässig ein solches Vorgehen in jeder Beziehung sein mag, nach Allem, was wir in Krain in den letzten Jahren erlebt, sollten wir uns auch darüber nicht mehr wundern. Wenn dieß dennoch der Fall ist, liegt der Grund einzig in jenem Commentar, den die Regierung der erfolgten Auflösung des Abgeordnetenhauses beigegeben hat. Wie immer man denselben auslegen mag, und ganz abgesehen, ob die Regierung damit ein gewisses Entgegenkommen gegen die Deutschen bekunden wollte oder nicht, zum Allermindesten hätte man aus diesem Commentare folgern müssen, daß die Regierung und ihre Organe bei den bevor-

stehenden Reichsrathswahlen die vollste Zurückhaltung beobachten werden. Und nun geschieht es bei uns in Krain, daß im Amtsblatte für einen Candidaten in der äußersten Weise agitirt wird, ja noch mehr, es wird die Wahl dieses Regierungscandidaten gewissermaßen als ein staatliches Postulat und ein möglicher Durchfall desselben wird wie eine öffentliche Calamität hingestellt. Man darf dieses Vorgehen des amtlichen Blattes wohl als ein mehr denn auffallendes bezeichnen und es drängt sich hiebei vor Allem noch die Frage auf: hat die Regierung seit der Veröffentlichung jenes Commentars ihren Standpunkt wieder vollkommen verkehrt — was allerdings die Aufstellung und Verfechtung officieller Candidaturen nur erklären, nicht entschuldigen würde — oder war Baron Winkler wieder einmal päpstlicher als der Papst? Mit Rücksicht darauf, daß kein anderes amtliches Blatt im ganzen Reiche in solcher Weise in die Wahlen eingreift, als es die „Laibacher Zeitung“ thut, und von officiellen Candidaturen außer bei uns in Krain nirgends die Rede ist, drängt sich wohl, so lange seitens der Regierung keine anderen Erklärungen abgegeben werden, die Vermuthung auf, es könne nur das Letztere der Fall sein.

Diese Candidatur des Grafen Hohenwart und die Stellung, die das officielle Organ dabei einnimmt, ist für die Deutschen in Krain aber noch in anderer Richtung von hoher Wichtigkeit. Es hat sich dabei gezeigt, welche politische Wandlung sich sonst vorbereiten oder vollziehen mag, bei uns in Krain dieser Augenblick jedenfalls noch nicht gekommen ist, wo die deutschliberale Partei ungefährdet und mit der Möglichkeit, ihre volle Kraft entfalten zu können, in einen Wahlkampf einzutreten vermöchte. So lange Vorkommnisse möglich sind, wie sie sich bei der Candidatur des Grafen Hohenwart ereignen, kann es für die deutschliberale Partei des Landes bei den Wahlen nur Eine Parole geben: Wahlenthaltung!

## Wiener Brief.

(Wahl-Hirtenbrief. — Leistungen der deutschliberalen Partei.)  
18. Februar.

J. N. — Die Bischöfe Oesterreichs haben einen gemeinsamen Wahlhirtenbrief erlassen. Es ist noch nicht lange her, daß sich einzelne Bischöfe damit befaßten, durch Hirtenbriefe unmittelbar Einfluß auf

wärts mit dieser Ueberlieferung gebrochen und demgemäß hat Frischlin im 17. Capitel seiner Schulordnung den Mittwoch und Samstag Nachmittag frei gegeben, eine Einrichtung, welche für die Mittelschulen noch heute besteht, während sämtliche Volksschulen des Landes am Donnerstag feiern.

Auch in anderer Weise erscheint uns der Donnerstag als ein Feiertag. In der Stadt Aargau und den übrigen altaargauischen Städten wird jeden Donnerstag Hochgottesdienst und Kinderlehre abgehalten. Kleines Geläut ist an allen Wochentagen um 6 Uhr Morgens; Donnerstags wird dagegen wie zu einem Sonntagsgottesdienst mit allen Kirchenglocken geläutet. Derselbe Brauch ist in der übrigen reformirten Schweiz.

Wenn die Tübinger die große Glocke ihres Stiftes nicht jeden Donnerstag um 1 Uhr läuten, so haben die Rotenburger das Recht, die Glocke ohne Kaufgeld in ihre eigene Stadt abzuholen. Man sieht hieraus, wie in der Volksmeinung das protestantische Tübingen durch das katholische Rotenburg unter Drohungen gemahnt ist, den Donnerstag altkirchlich einzuläuten.

In den aargauischen katholischen Gemeinden wird von Mai bis October jeden Donnerstag ein Hochamt abgehalten, um das Gedeihen der Feldfrüchte zu erbitten und aus demselben Grunde wird in der nach Altenlad gehörigen Filialkirche Cren-

die Wahlen auszuüben oder bestimmte politische Fragen in „Hirtenbriefen“ zu behandeln. Aber die Gepflogenheit hat nach und nach so überhandgenommen, wie das Eingreifen der niederen Geistlichkeit in die politischen Wählerversammlungen und so ist der „Wahl-Hirtenbrief“ oder gleich besser und der Uebung entsprechender gesagt, der „Wahlaufruf“ des Episkopates, neben welchem auch noch einige Bischöfe besondere „Aufrufe“ für ihre Sprengel erlassen, seit Kurzem eine stehende Einrichtung geworden. Es ist wohl mehr als fraglich, ob diese Uebung auf die Dauer von guten Folgen sei, ob diese beständige Vermengung von Religion und Politik nicht mit der Zeit für Staat und Kirche schädliche Folgen haben, in einem bestimmten Augenblicke zu höchst gefährlichen Conflicten führen und einen Culturkampf entfesseln muß. Sehen wir aber davon ab, so müssen wir zugeben, daß der dießmalige Wahl-Hirtenbrief des österreichischen Episkopates friedlicher und der Lage angemessener abgefaßt ist, als viele ähnliche vorausgegangene Kundgebungen. Es fehlt selbstverständlich nicht die übliche Abweisung gegenüber der neuen kirchenpolitischen Gesetzgebung, es fehlt nicht das Verlangen nach der confessionellen Schule und die Aufforderung an die Gläubigen, nur überzeugungstreue katholische Männer zu wählen, allein nach zwei Richtungen unterscheidet sich dieser Wahl-Hirtenbrief auffallend von seinen Vorgängern: durch ein ziemlich stark centralistisch gefärbtes politisches Programm und durch eine offene Stellungnahme gegen die antisemitische Bewegung. In ersterer Beziehung sagt der Hirtenbrief, daß „zwar der Anspruch auf Schutz und Schonung der Volkseigentümlichkeiten gerechtfertigt sei, daß aber dieser Anspruch die Reichseinheit zur Voraussetzung haben und die Lebensbedingungen des gemeinsamen Vaterlandes achten müsse“, eine Auffassung der Nationalitätsfrage, welche mit der von der deutschliberalen Partei vertretenen in der Wesenheit völlig übereinstimmt. Und nicht minder bemerkenswerth sind die Aeußerungen des Hirtenbriefes in der zweitangedeuteten Beziehung, das Verhältniß der katholischen Kirche zu den anderen Confessionen berührend. Mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit heißt es hierüber an einer Stelle: „Nach katholischen Grundsätzen darf die Liebe zur eigenen Nation nicht wider das Gesetz der Nächsten- und Bruderliebe sich wenden und zum heidnischen Racenhaffe herabsinken.“ Ueberdieß werden

gruben, slovenisch Cerngrob, jeden Donnerstag nach uraltem Brauch eine heilige Messe gelesen. In Bremen ist der zweite Donnerstag im November ein allgemeiner Buß- und Feiertag.

Die Heimflucht und Strafe, die man sich durch Entweihung der Festzeit zuzieht, wird daher an einem Donnestage hereinbrechen. Weil an einem „fatalischen Donnestage“, wie es in einer Verhandlungsschrift heißt, 1650 der städtische Pulverschuppen in Zürich in die Luft flog, verlangte die Geistlichkeit die Abschaffung des sonntäglichen Scheibenschießens.

Es würde zu weit führen, wollten wir dem Donnestage auch noch in seiner Eigenschaft als Gerichtstag, und als dem Tag für Abhaltung der Ehegerichte — welche Donnestags nach Oesterreich tagten — nachgehen; oder zeigen, wie ihn die Volkswelt überlieferung in manchen Stücken festhält, wenn z. B. erzählt, daß unternehmungslustige Jünglinge schönen Schwanenjungenfrauen die Hemden an einem Donnestage wegnehmen und die Mädchen dadurch in die Gewalt bekommen, und daß diese Jungfrauen genau nach sieben Jahren wieder an einem Donnestage sich auf und davonmachen.

Das vorstehend Mitgetheilte mag für den Nachweis genügen, daß und warum der Donnestag bei uns auf unsere Tage noch immer in hohen Ehren steht. Seine altüberlieferte Bedeutung spricht sich auch darin aus, daß die „Kleine Fastnacht“, die letzten

12 Uhr Mittags gen Himmel gefahren, und daraus habe man das Fest des Gründonnerstags und der Auffahrt auf je einen Donnerstag bestimmt. Nach 1240 wurde für die Frohnleichnamsp procession der Donnerstag nach dem ersten Pfingstsonntag angelegt.

Der dies Jovi, welcher mit dem Donnerstage übereinstimmte, wird auf den gallisch-fränkischen Brauch nicht ohne Einfluß gewesen sein, denn der Indiculus superstitionum verzeichnet neben den übrigen verbotenen Heidenbräuchen „die Feier, welche Jupiter oder Mercurius veranstaltet wird,“ und die Decretensammlung des 1024 verstorbenen Burkhard von Worms wiederholt das Verbot.

Für die Schulen ist der Donnestag althergebracht ein Feiertag: der dies academicus fiel schon in der mittelalterlichen Schule auf diesen Tag. Ehemals reichte an allen österreichischen Universitäten das Wintersemester vom 1. October bis zum Donnestag vor Palmsonntag, das Sommersemester vom Donnestag nach Ostern bis Ende Juli.

Auch in alten Züricher Schulordnungen ist Donnestag der Ferialtag, denn „Donnestags darf man kein Kind zum erstenmal in die Schule schicken“. Daß dieser Tag auch in Krain gleichwie in anderen Ländern von Alters her ein Schulfeiertag gewesen sein muß, zeigt die noch heute bestehende Uebung, ihn als solchen zu behandeln. Die Reformation hat bei der Lateinschule in Laibach ebenso wie ander-

die Gläubigen noch eindringlich ermahnt, Alles zu vermeiden, was den gesellschaftlichen, nationalen oder religiösen Frieden stören könnte. — — —

Was haben die Wähler von der deutschliberalen Partei zu erwarten? Diese Frage ist derzeit wohl eine angemessene. Werfen wir einen Blick auf die Vergangenheit dieser Partei und wir können voraussehen, was sie in Zukunft sein wird. Die deutschliberale Partei kann mit Stolz auf die innere Geschichte Oesterreichs hinweisen, sie kann mit Beruhigung einer gerechten historischen Bewertung ihrer Thaten entgegensehen. Sie ist es, welche die Verfassung, die unser erhabener Monarch geschaffen, in ihren Theilen ausgebaut und mit kostbaren Grundrechten (bürgerlicher und politischer Gleichheit, individueller und religiöser Freiheit, Pressfreiheit u. s. w.) ausgestattet hat, welche für manche andere Staaten ein noch unerreichtes und beneidetes Muster geworden sind.

Die liberale Partei hat den Staatshaushalt, den sie in wirrer Unordnung vorfand, auf die Grundlage weiser Wirthschaftlichkeit und durchsichtiger Offenlichkeit gebaut und zur Heilung aller, aus schweren Zeiten herrührender Wunden am wirthschaftlichen Organismus und zur Hebung und Förderung der Volkswohlfahrt so viel geleistet, daß auch eine unerhörte mit elementarer Gewalt eingetretene wirthschaftliche Krisis die Spuren ihrer Wirksamkeit nicht zu tilgen vermocht hat. Diese Partei hat den Organismus der Staatsverwaltung in den verschiedenen Zweigen, namentlich in der Justiz, im Unterricht und Cultus in freisinnigem Geiste zu einem immer höheren Grade der Ausbildung und Vervollkommnung gebracht; sie hat überall an Stelle der Willkür das Gesetz, an Stelle der Gewalt das Recht, an Stelle der Bevormundung die Freiheit gesetzt und durch mannigfache Einrichtungen und Anstalten, insbesondere durch die Schöpfung des Reichsgerichtes und Verwaltungsgerichtshofes den Rechtsstaat zu verwirklichen gesucht.

Die liberale Partei ist es, welche stets das Wohl des ganzen Vaterlandes im Auge behalten, welche allein von der Ueberzeugung geleitet gehandelt hat, daß eine Zusammenfassung und Sammlung der Kräfte des ganzen Staates in einem Centralpunkte Noth thue, welche allein darüber gewacht hat, daß von den anderen Parteien in der von ihnen verfolgten centrifugalen Richtung die dem Staatsbe-

stehen vor Faschingdienstag, wo alle Lustbarkeiten sich häufen, nicht mit einem Sonntage, sondern mit einem Donnerstage beginnt. Dieser Tag ist der letzte vor den Fasten, an dem getanzet oder in Vorlesung gebadet wird, während am Grün-Donnerstag nicht gebadet werden darf, da es sonst das ganze Jahr nicht mehr regnet. „Wer am Grün-Donnerstag feiert, hat das ganze Jahr kein Fieber.“

Der letzte Donnerstag im Fasching heißt in Köln Weiberfastelabend, in der Eifel Weiberdonnerstag, in Tirol der Gumpige (Tanzen), der unsinnige Dorfzig, der weiße (wegen des Backwerkes); in Mähren Belgien vetten dondertag; in der Schweiz der Schmutzige und der Feiste. Diesen letzteren Namen hat er von den auf ihn treffenden fetten Speisen. Die Schweizer Landleute essen an diesem Tage Erbsen und Schweinefleisch, wie auch in Norddeutschland diese Speise gewöhnlich Donnerstags anberichtet wird.

Daß der gedachte Donnerstag bei uns nach dem fetten Krammel-Potizen und Speck Potizen überhaupt seinen Namen als feister und fetter Donnerstag führt, bedarf keines Nachweises, daß aber der Donnerstag in Krain kein außergewöhnlicher Tag ist, wie Navratil annimmt, ist nur theilweise richtig: in zahlreichen Orten schnurrt hier Donnerstags Abends eine Spinne. Schon daraus geht hervor, daß er ein außergewöhnlicher Tag war.

dürfnisß zuwiderlaufende Grenze nicht überschritten werde.

Die liberale Partei ist es, welche stets ernstlich darnach gestrebt und das Ihrige redlich dazu beigetragen hat, den nationalen Hader zu beseitigen, welche stets bereit war, allen Nationalitäten nicht bloß Schutz, Schirm und Rechtsfreiheit zu gewähren, sondern welche auch jeder Nationalität die Möglichkeit geboten hat, ihren nationalen Schatz, ihre individuellen Besonderheiten, die ihr werth und theuer sind, zu pflegen und sich nach ihrer Art selbstständig fortzuentwickeln. Diese Partei war stets der Hort der Gerechtigkeit für alle Nationalitäten, der stärkste Damm gegen Verwaltung der nationalen Minoritäten.

Die deutsch-fortschrittliche Partei ist es, welche in ihrer Liebe zum österreichischen Vaterlande niemals wankend geworden ist, welche zu keiner Zeit in die eine Waagschale der Nationalität größere Gewichte gelegt hat als in die andere Waagschale der Liebe zu Oesterreich. Diese Partei ist es, in deren Herzen der Ruf, der im Namen Oesterreichs an sie erging, stets einen opferbereiten Widerhall gefunden hat und welche stets von der Ueberzeugung durchdrungen war, daß Oesterreich und Deutschland als die beiden gleich nothwendigen Herzkammern unseres Welttheils mit einander im Einklang zu handeln bestimmt sind, daß diese beiden Großstaaten, wenn sie in treuem, völkerrechtlichem Bunde mit einander gehen, mächtig genug sind, um die Wage Europas mit kräftiger Hand im Gleichgewichte zu erhalten und die beste Schutzwehr gegen Vergewaltigung bilden, von wo immer sie kommen mag.

Die innere Geschichte Oesterreichs bietet ein erfreuliches Bild, insoweit das nicht maßgebende Walten der liberalen Partei in ihren Tafeln eingegraben ist, sie bietet ein trauriges Bild, seitdem die liberale Partei zur politischen Ohnmacht verurtheilt erscheint.

Eine solche wahrhaft patriotische Partei, in welcher die Liebe zu Oesterreich die tiefsten Wurzeln geschlagen, welche für Oesterreich alle Opfer gebracht und an Oesterreich allein alle ihre Hoffnungen geknüpft hat, eine Partei, in welcher Oesterreich stets seine rechten Söhne gefunden hat, deren sämtliche Mitglieder Oesterreicher nach Kopf und Herz sind, hätte eine nachsichtige Staatsleitung mit voller Macht zu finden und zu begründen suchen müssen, wenn sie nicht schon seit Jahren bestanden und gewirkt hätte. Eine kurzfristige Staatsleitung hat aber um augenblicklicher, vorübergehender politischer Zwecke willen ruhig zugelassen, daß es verbundenen feindlichen Parteien gelungen ist, der liberalen Partei ihre zum Segen Oesterreichs reichende, maßgebende Stellung zu entreißen.

Nach einer dem Wirken der liberalen Partei zu verdankenden längeren Periode des nationalen Friedens wurde unseliger Weise der Sturm des Nationalitätenkampfes neu entfesselt, der nun wieder seit Jahren das Reich zerklüftet und die Gesetzgebung sogar rücksichtlich der dringendsten Reformen zur Unfruchtbarkeit verurtheilt. Das Staatsschiff selbst schwankt bedenklich hin und her und nur, weil es, Dank der Jahrhunderte langen staatlichen Arbeit der Deutschen, in Oesterreich tief ankert, wurde es nicht zum Scheitern gebracht.

Schon scheint die Staatsleitung selbst in Folge des gefährlichen Wachstums der entfesselten extremen Parteien zur Einsicht gelangt zu sein, daß ihre Hoffnung, Oesterreich ohne die Deutschen regieren zu können, nur ein blendendes Irthum gewesen. Schon scheint die durch die Geschichte Oesterreichs erwiesene Wahrheit wieder zum siegreichen Durchbruche zu gelangen, daß die Deutschliberalen allein, als die eigentliche Staatspartei, das Interesse des ganzen Staates unverrückt im Auge haben.

## Politische Wochenübersicht.

Die Wahlbewegung ist in allen Provinzen und bei allen Parteien in vollem Gange. Programme und Candidaten gibt es in Menge. Es fehlt uns weitaus an Raum, alle Phasen des Wahlkampfes im Einzelnen zu verfolgen, die auch häufig eines allgemeinen Interesses entbehren. Im Großen und Ganzen stehen die Parteien auf ihrem bisherigen Standpunkte. Ueberaus bedauerlich ist die Spaltung, wie sie in der deutschen Partei vielfach herrscht, indessen damit mußte längst gerechnet werden und so überaus wünschenswerth, so sehr zum Vortheile aller Deutschen in Oesterreich es gewesen wäre — eine volle Einigkeit bei den bevorstehenden Wahlen war von vornherein nicht zu erwarten.

Die Wiener Polizei hat die Verbreitung eines Wahlaufsufes der socialdemokratischen Partei, welcher massenhaft vertheilt wurde, verboten.

In Prag nimmt auch die czechische Studentenschaft an der Agitation in Wahlangelegenheiten theil. Das Programm derselben lautet: 1. Abänderung der Disciplinar-Ordnung dahin, daß die Studentenschaft auch zu politischen Dingen Stellung nehmen dürfe. 2. Einflussnahme der Studentenschaft auf die Vertheilung von Stipendien. 3. Vollständige Abschaffung der Forderung der Kenntniß der deutschen Sprache bei allen Staatsprüfungen. Glücklicherweise sind die Tiraden dieser jungen Herren nach keiner Richtung ernst zu nehmen.

In Ungarn beliefen sich im Jahre 1890 die Staats-Einnahmen auf 375 und die Ausgaben auf 342 Millionen Gulden.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Reform der Landtags-Organisation in Kroatien, erhielt die kaiserliche Sanction.

Der deutsche Reichstag beschäftigt sich mit der Vorlage, betreffend die Einhaltung der Sonntagsruhe.

Das englische Heeresbudget pro 1891/92 wurde im Erfordernisse mit 17½ Mill. Pfund Sterling beziffert.

Der französische Ministerrath beschäftigte sich am 12. d. M. mit dem Gesetzentwurfe über das Vereinswesen; dieser bestimmt die vollständige Freiheit des Vereinsrechtes unter der Bedingung vorausgehender Anzeige. Die Vereine, mit Ausnahme der Wohlthätigkeitsvereine, können nur das zur Unterkunft ihrer Mitglieder nöthige unbewegliche Eigenthum besitzen. Jedem Mitgliede eines religiösen Vereines steht das Recht zu, sich, sobald es will, zurückzuziehen, und die Ausfolgung des mitgebrachten Vermögens zu fordern. Vergehen gegen das Gesetz werden mit Gefängnißstrafen bis zu fünf Jahren geahndet werden können.

Der französischen Kammer wurde das Budget pro 1892 vorgelegt.

Der neuernannte italienische Minister-Präsident Rudini besprach in der Kammer die politische Lage und die äußere Politik Italiens; er sagte: „Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik befinden sich die Minister in Uebereinstimmung mit dem Lande. Wir werden seiner Stimme, welche wir mit so großer Klarheit bei den letzten Wahlen vernommen haben, gehorchen, und werden die Würde der Nation unangetastet aufrecht erhalten, indem wir für ihre wahren Interessen Sorge tragen. Unsere Politik wird einfach, aufrichtig und ohne Hintergedanken sein, wie es einem Lande zukommt, welches wirklich den Frieden will. Unser Programm ist zum Glück ein gemeinschaftliches mit den Hauptstaaten Europas.“ Bezüglich der bestehenden Allianzen erklärte Rudini, daß Italien treu an denselben festhalten werde.

Die Senatswahlen in Spanien fielen zum größten Theile zu Gunsten der Regierung aus.